

## Die Nahost-Politik Deutschlands von Adenauer bis Kohl.

Vortrag gehalten von Fouad Hamdan\* am 8. August 1981 bei einem Seminar zum Thema 'Deutschland und der Nahe Osten' das vom Verein für Politische Bildung in Hamburg organisiert wurde.

### 1. Zuerst ein wenig Hintergrund, um die tragischen Verbindungen zwischen Deutschland und dem Nahen Osten deutlich zu machen:

Israel wurde 1948 auf Kosten des palästinensischen Volkes geschaffen. Die Pogrome gegen Juden in Europa seit dem Mittelalter bis zum Holocaust haben dazu geführt, daß ein christlich-jüdisches Problem auf dem Rücken der arabischen Welt ausgetragen wurde. So haben die Judenverfolgung um die Jahrhundertwende, der Holocaust im Dritten Reich und die darauffolgenden Einwanderungswellen in Palästina die Gründung Israels ermöglicht. Die zionistische Bewegung hat großen Zulauf genossen, weil die angestrebte Integration der Juden in Europa gescheitert war. Pogrome in Ost-Europa lösten Einwanderungswellen aus, und bis 1951 kamen ca. 500.000 Juden nach Palästina, die von den Nazis verfolgt worden waren.

Durch die schwere historische Schuld der Deutschen gegenüber den Juden fühlte sich die BRD verpflichtet, für eine gesicherte Existenz des Judenstaates einzutreten. Bonn wollte aber auch gute Beziehungen mit den arabischen Staaten aufrechterhalten, weil die deutsche Industrie exportorientiert war und ist.

Mit den Arabern verbindet Deutschland wirtschaftliche Interessen und in diesem Sinne hat Bonn Politik gemacht. Israel steht und stand den Deutschen in dieser Weise nicht gegenüber. Israel ist ein starker Teil des deutschen Selbstverständnisses. Infolgedessen haben sie niemals zu den Israelis Distanz gehabt, niemals Entschlossenheit an den Tag gelegt, Interessenpolitik zu betreiben, wie sie das gegenüber den Arabern getan haben.

### 2. Die Nahost-Politik der CDU/CSU von 1949 bis 1967:

#### a) Die Adenauer Ära:

Bundeskanzler Adenauer war der Meinung, daß der Nahost-Konflikt erst mit dem ersten Krieg in der Region 1948 begonnen hatte. Er und später Ludwig Erhard meinten, daß die BRD mit dem Nahost-Konflikt nichts zu tun habe und daher mit den arabischen Staaten und Israel gute Beziehungen pflegen könne - ohne zu den Konflikt Stellung zu nehmen.

Hier wurde ein moralischer Fehler begangen: Damals vertrat Bonn den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen, vergaß jedoch, daß die Palästinenser das gleich Recht verdienten.

Die Hände der CDU/CSU-Politiker waren aber relativ gebunden, denn der Besatzungsstatus verordnete der BRD in den Jahren nach 1949 eine restriktive Außenpolitik. Deutschland war mit dem Wiederaufbau und der Teilung beschäftigt. Außenpolitisch ging es primär um Integration in das westliche Lager und Wiedervereinigung. Die USA wachte damals mit kritischem Blick über die ersten außenpolitischen Schritte der BRD. Ein Gradmesser für das 'gute Benehmen' der BRD war das Verhalten gegenüber Israel.

Das deutsch-israelische Verhältnis konzentrierte sich auf Wiedergutmachung und Aussöhnung. Es hatte Priorität gegenüber den Beziehungen zu den arabischen Staaten. Die deutsch-arabischen Beziehungen wurden vornehmlich unter ökonomischen Aspekten betrachtet und ausgebaut. Von den Arabern wurde erwartet, daß sie die besonderen Beziehungen der BRD zu Israel verstehen.

Adenauer mischte sich aber indirekt in den israelisch-arabischen Konflikt ein, ohne dies als Einmischung zu betrachten, als seine Regierung 1952 das 'Wiedergutmachungsabkommen' unterzeichnete. Darin verpflichtete sich Bonn, bis zum Jahre 1966 Waren im Wert von 3.45 Mrd DM an Israel zu liefern. Hinzu kam das Haager Protokoll Nr. 1, das Zahlungen an Israel und Juden in verschiedenen Ländern in Höhe von ca. 86 Mrd DM vorsah.

Die arabischen Staaten liefen Sturm gegen die Wiedergutmachungszahlungen. Sie fochten die moralische Verpflichtung der BRD zu Wiedergutmachung des begangenen Holocausts nicht an, wohl aber die Zahlungen an Israel, das sie als legitimen Rechtsnachfolger der verfolgten Juden nicht annerkannten. Daher hatte Israel aus der Sicht der arabischen Staaten kein Recht auf Reparationen.

Fakt ist: Mit den Zahlungen erkannte die BRD Israel als Repräsentanten der Holocaust-Überlebenden an. Die Gelder halfen Israel bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der Gründung des jüdischen Staates. Durch diese Subventionierung Israels konnte sich der jüdische Staat in der Region fest verankern, siegreiche Kriege führen, arabische Territorien besetzen und kompromißlose Positionen vertreten.

Adenauer lieferte auch Waffen an Israel, obwohl die Bundesregierung am 27.12.1957 beteuert hatte, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, insbesondere in den Nahen Osten, zu unterbinden. Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Joseph Strauß und sein israelischer Amtskollege Schimon Peres trafen dennoch im gleichen Jahr eine geheime Abmachung über Waffenlieferung der BRD an Israel. Dies wurde von den USA zuerst stillschweigend gebilligt und dann auf deren Druck hin sogar erweitert - ganz im Zeichen der Westintegration. So wurden Hunderte von U.S.-Panzern von der BRD an Israel geliefert, Panzer die 1967 den Sinai, Ost-Jerusalem, die West Bank und den Gaza Streifen besetzten.

Adenauer und Israels Premier Ben Gurion besiegelten bei einem Geheimgespräch in New York (14.3.1960) Waffenlieferungen im Wert von mehr als 200 Mio. Mark sowie einen Kredit in Höhe von 2 Mrd. Mark. Im Übrigen: ca. 60 Prozent der Güter auf der deutschen Warenliste für Israel in den 50er und 60er Jahren wurden auf der für osteuropäische Staaten geltenden Embargoliste als 'strategische Güter' klassifiziert.

Diese Versöhnungspolitik auf finanzieller und militärischer Ebene war von zweifelhafter Moral: Adenauer bat Ben Gurion in New York den für 1961 anberaumten Prozeß von Eichmann nicht mit einer Identifizierung der BRD mit Nazi-Deutschland zu führen. Er bat auch auf eine Zeugenaussage seines Staatssekretärs Globke, dessen Nazi-Vergangenheit bekannt wurde, zu verzichten, um der BRD die Peinlichkeit zu ersparen. Außerdem stand Ben Gurion Deutschland demonstrativ zur Seite, nachdem 1959/60 Hakenkreuzschmierereien in

verschiedenen Orten der BRD das Ausland an die Nazi-Vergangenheit erinnerte. Politik nach dem Motto eine hand wäscht die andere.

Bonn und der Westen wollten während des Kalten Krieges den arabischen Staaten keinen Grund geben, die DDR anzuerkennen. Die in Bonn 1955 formulierte 'Hallstein-Doktrin' hätte in solch einem Fall zum Abbruch der Beziehungen zu den arabischen Staaten geführt. Um dies zu vermeiden, wurde die Aufnahme der Beziehungen zu Israel mit Scheinargumente verschoben, darunter Adenauers Argument vom 5.10.1959, offizielle Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv könnten einen Angriff der Araber auf Israel provozieren. Die SPD war für die Aufhame von Beziehungen.

#### b) Das Nahost-Debakel von 1965 unter Kanzler Ludwig Erhard:

Die geheimen Waffenlieferungen an Israel wurden 1964 bekannt. Im Namen der Araber protestierte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser und wertete daraufhin eine Visite vom DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht im Januar 1965 als Staatsbesuch auf. Er vermied es jedoch die DDR anzuerkennen und betonte den Wunsch eine weitere Verschlechterung der Beziehungen mit der BRD verhindern zu wollen. Erhard zum Besuch Ulbrichts in Kairo: 'Wer Ulbricht als Staatsoberhaupt eines souveränen Staates behandelt, paktiert mit den Spaltern der deutschen Nation. Das ist ein feindseliger Akt.'

Als Nasser damit drohte, die Beziehungen abzubrechen, falls die Waffenlieferungen an Israel nicht aufhörten, beschloß der Bundestag im Februar 1965 keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern. Ausstehende Waffenlieferungen an Israel sollten durch Barzahlungen ausgeglichen werden. Israel protestierte und warf der Regierung Erhard vor, vor arabischen Druck kapituliert zu haben und wies auf die in der ägyptischen Rakettenindustrie tätigen deutschen Wissenschaftlern hin.

Bonn antwortete mit der Einstellung der Wirtschaftshilfe an Ägypten und beschloß, am 7. Mai 1965 Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Einen Tag nach dem Austausch von Botschaftern am 12. Mai brachen zehn arabische Staaten die Beziehungen mit der Bundesrepublik ab, drei weitere riefen ihre Botschafter zurück. Vier Jahre später erkannten fünf arabische Stataen (Irak, Sudan, Syrien Jemen und Ägypten) die DDR an.

Die Waffe der Hallstein-Doktrin war stumm, die deutsche Nahost-Politik endete im Debakel. Für Erhard war nicht die Waffenlieferung die Ursache für die Spannungen, sondern Ulbrichts Besuch in Kairo. Die deutsche Nahost-Politik der CDU/CSU in den ersten 15 Nachkriegsjahren war an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert, weil sie einem Germanozentrismus verhaftet geblieben war.

#### 3. Die erste Wende in der deutschen Nahost-Politik während der Großen Koalition 1967-69:

Die CDU/CSU/SPD-Koalition gab die Hallstein-Doktrin auf. Entspannung in Europa wurde als Voraussetzung für eine mögliche Wiedervereinigung gesehen und nicht umgekehrt.

Erste Risse in die pro-israelische Haltung der Bundesrepublik kamen nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967: Die Bundesregierung war an

einer 'ausgewogenen' Nahost-Politik interessiert auf der Grundlage der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 242, die einen Abzug der Israelis aus den besetzten Gebieten forderte.

Außenminister Brandt im Juni 1969: Die Bundesrepublik müsse in Zukunft eine Politik der Zusammenarbeit und der Verständigung betreiben, "und das kann man nicht im Büberhemd tun, sondern dazu braucht wir unseren Arbeitskittel". Das deutsch-israelische Verhältnis sollte also neu definiert werden, doch machte er klar: "Respekt vor den legitimen Interessen der arabischen Staaten, aber nein zu Plänen und Absichten, die Israel und sein Volk vernichten würden." Er sagte, die UNO-Resolution 242 bilde eine geeignete Grundlage für eine Friedensregelung und sprach von einem nötigen "Abzug der Truppen". Er vermied jedoch Israels Armee namentlich zu nennen.

#### 4. Die 'ausgewogene' Nahost-Politik der SPD/FDP-Koalition 1969 bis 1982:

##### a) Die Brandt/Scheel-Ära:

Nach dem Ende der Großen Koalition im Herbst 1969 verzichtete die Bundesregierung auf den Alleinvertretungsanspruch, annerkannte die DDR, gab die Hallstein-Doktrin auf und leitete die Versöhnung mit den Ostblock-Staaten ein. Damit befreite sie sich von den Fesseln des Kalten Krieges. Der Wandel war auch mit dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch Ende der 60er Jahren in der westlichen Welt verbunden.

Dann begann die SPD/FDP-Koalition 1970 damit, ihre Außenpolitik mit der EG zu koordinieren. Ein Jahr später stimmte Bonn einem EG-Nahost-Papier zu, in dem der Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und eine Regelung des 'Flüchtlingsproblems' auf der Basis von UNO-Resolution 194 gefordert wurde.

Das EG-Papier wurde in Israel und den USA abgelehnt. Israel sprach von 'Einmischung'.

In der BRD kam laute Kritik von der CDU/CSU, von Teile der SPD und von der mehrheitlich pro-israelischen Presse. Scheel, den die Israelis für den Urheber des Reizgedankens 'Normalisierung der Beziehungen mit Israel' halten, distanzierte sich vom EG-Papier bei einem Besuch in Israel im Juni 1971. Kurz nach seiner Rückkehr revidierte er seinen Rückzieher.

Trotz dieses ängstlichen Zick-Zack-Kurses der Bundesregierung normalisierten alle arabischen Staaten ihr Verhältnis mit Bonn (als letztes Syrien 1974). Diese Entwicklung war der erste große Erfolg dieser neuen deutschen Nahost-Politik.

Fazit: Der Versuch der 'Ausgewogenheit' beschränkte sich auf Staaten im Nahen Osten, klammerte jedoch den Kern des Problems aus. Die Palästinenser-Frage wurde zuerst nicht einbezogen in die neue nahostpolitische Kozeption. Sie wurde in Übereinstimmung mit der UNO-Resolution 242 als Flüchtlingsfrage gesehen, eine Resolution die Bonn kommentarlos unterstützte. Lösungsvorschläge gab es nicht. Die BRD behandelte das Palästinenser-Problem mit Zahlungen an das UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNRWA.

Dann brach der Nahost-Krieg von 1973 aus. Zuerst redete Bonn von Prinzip der "Nichteinmischung", doch sie gestattete den USA, ihre Basen in der BRD zu benutzen, um Israel mit Waffen zu versorgen. Später baten sie die USA um Unterlassung. Doch die Amerikaner verlugen weiterhin in Bremerhaven Waffen an Israel. Daraufhin untersagte das Auswärtige Amt der amerikanischen Regierung in aller Öffentlichkeit, die BRD zum Transit-Lager für Waffen zu machen.

Um den Westen zu zwingen, das Palästinenser-Problem deutlich anzuerkennen, setzten die Araber die Ölwanne kurz nach Ende der Kampfhandlungen im Nahen Osten ein. Daraufhin erkannte Bonn zum ersten Mal die Palästinenser als politischer Faktor an, als die EG am 6.11.1973 die Brüsseler Erklärung verabschiedeten. Darin stand, daß "die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen". Deutschland und die Europäer hatten im Sinne der arabischen Staaten auf den Druck der Ölembargos reagiert.

Die Israelis nutzten diese Ölinteressen, um bei den Deutschen Schuldgefühle zu wecken und eine sachliche Diskussion zu verhindern.

Brandt und Scheel übten sich in Zurückhaltung in weltpolitischen Fragen, nicht nur um die Israelis zu schonen sondern auch weil sie zuerst eine Entspannung und Aussöhnung mit den osteuropäischen Ländern erreichten wollten. Die Ostpolitik wurde als Teil der Vergangenheitsbewältigung erkannt. Erst wenn diese Politik erfolgreich zuendegeführt würde, könnte Bonn aktiv in der Weltpolitik mitmischen, darunter im Nahen Osten.

#### b) Die Schmidt/Genscher-Ära:

Mit dem Rücktritt von Brandt began eine dynamischere Phase in der deutschen Nahost-Politik. Sie äußerte sich dadurch, daß Bonn das Palästinenser-Problem mehr in den Vordergrund stellte. So war die BRD das erste EG-Land, das die Brüsseler Erklärung (1973) um die "legitimen Rechte" der Palästinenser konkretisierte: UNO-Botschafter von Wechmar sagte am 19.11.1974, die BRD erkenne "als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechtes... das Recht des palästinensischen Volkes an, selber zu entscheiden, ob es auf dem von Israel zu räumenden Gebiet eine eigene Autorität errichtet... oder eine andere Lösung wählen will".

Die neue deutsche Nahost-Politik verlieh der Bonner Regierung ein Hauch von Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt. Israel jedoch verurteilte diese Politik und sprach der EG das Recht ab, Vorschläge zur Lösung des Nahost-Konfliktes zu machen. Der israelische Außenminister Moshe Dayan in Bonn (November 1977): Europäische Deklarationen würden den Frieden nicht näher bringen, sondern ihn weiter entfernen, "da sie lediglich die arabischen Extremisten in ihrem Glauben bestärken, sie (die EG) als Hebel für die Ausübung politischen Drucks auf Israel benutzen zu können".

Vor dem Hintergrund der islamischen Revolution in Iran und der sowjetischen Invasion Afghanistans 1979, des Palästina-Problems und des Libanon-Krieges beschloß der EG-Rat im Juni 1980 eine bedeutende Nahost-Erklärung, die bis heute Gültigkeit hat. Die Hauptpunkte der Venedig-Erklärung (13.6.1980):

- Lösung des Nahost-Konfliktes auf der Basis der UNO-Resolutionen 242 und 338.
- 'Das Recht aller Staaten, einschließlich Israel, auf Existenz und Sicherheit.. das schließt die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes ein.'
- Die EG erklärte sich bereit, 'im Rahmen einer umfassenden Lösung an einem System konkreter und bindender internationaler Garantien ... zu beteiligen.'
- Für das palästinensischen Volk, das nicht nur ein Flüchtlingsproblem ist, muß endlich eine Lösung gefunden werden'' und 'uneingeschränkt sein Recht auf Selbstbestimmung ausüben.'
- Die EG betonte, daß sie 'keine einseitigen Initiativen hinnehmen werden, die den Status Jerusalems verändern'' (Israel annektierte den arabischen Ost-Teil der Stadt 1981).
- Sie brandmarkte die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten als 'illegal' und bezeichnete sie als ein 'ernstes Hindernis' für den Friedensprozeß im Nahen Osten.
- Die PLO sollte an Verhandlungen teilnehmen.

Doch trotz der erklärten Bereitschaft der EG, 'mit allen betroffenen Parteien' Kontakte aufzunehmen, lehnte Bonn direkte Gespräche mit der PLO ab. Hinter dieser Scheu stand Israels Premier Menachem Begin, der 1977 an die Macht kam. Seine Kritik an der EG enthielt feindselige Züge, und er deutete regelmäßig auf die historische Schuld gegenüber Israel hin. Begin und die USA kritisierten die EG-Erklärung.

Die deutsch-israelischen Beziehungen verschlechterten sich auf diplomatischer Ebene, als Schmidt sich weigerte Israel zu besuchen. Dann kam es zum Eklat, als Bonn erwägte, Leopard-2 Panzer an Saudi Arabien zu verkaufen. Später - während eines Besuchs von Schmidt in Riad (April 1981) - machte Schmidt den Saudis klar, daß sie keine Panzer erhalten könnten wegen der deutschen Exportbestimmungen.

Dann plädierte ein deutscher Kanzler zum ersten Mal für die Einbeziehung der PLO in den Nahost-Friedensprozeß, sprach vom Recht der Palästinenser 'sich staatlich zu organisieren' und deutete auf die Verantwortung der Deutschen gegenüber den Palästinensern. Schmidt: 'Es ist eine moralische Frage..., ob wir gegenüber Vertriebenen und Flüchtlingen aus der West Bank..., uns auf den Standpunkt stellen, dies ginge uns weniger an.'

In Israel folgte ein Aufschrei der Entrüstung. Begin warf Schmidt Geldgier und Arroganz und rückte den ehemaligen Wehrmachtsoffizier in die Nähe von Nazis und Jundenmördern. Er ließ wissen, daß die Deutschen nur einem Volk, den Juden, moralisch verpflichtet seien und das diese Verpflichtung eine Unterstützung der israelischen Politik bedinge. Das Recht auf eine Kritik an der Politik des Judenstaates sprach Begin den Deutschen ab. Er ist bis heute nicht der einzige israelische Politiker, der so denkt.

Als Israel den Libanon im Juni 1982 besetzte, um das Palästina-Problem mit der Vernichtung der PLO zu lösen, blockierte die Bonner Regierung die von den übrigen EG-Staaten in Erwägung gezogene Wirtschaftssanktionen gegen Israel, so der Spiegel.

Hat diese Politik der 'Ausgewogenheit' eine Substanz gehabt?

Wurde sie von der Theorie in die Tat umgesetzt? Zweifellos hat die SPD/FDP-Koalition bis 1982 der deutschen Nahost-Politik ein neues Profil geben können. Doch einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Nahost-Konfliktes hat sie nicht leisten können, weil Israel und die USA gegen eine deutsche und eine EG-Rolle waren. Hinzu kommt, daß eine Politik der 'Ausgewogenheit' vor dem Hintergrund des Holocausts nicht konsequent verwirklicht werden konnte.

#### 5. Die Wende in Bonn - Genscher sorgt für eine relative Kontinuität in der Nahost-Politik:

Seitdem Helmut Kohl 1982 Schmidt als Kanzler ablöste, gab es insofern eine dramatische Änderung in der deutschen Nahost-Politik, weil deutsche Waffen an arabische Länder verkauft wurden.

Kohl und Genschers haben zwar immer wieder deutlich gemacht, daß sie an der EG-Deklaration von 1980 festhalten und keine Waffen in Spannungsgebiete verkaufen wollten. Doch wir wissen inzwischen, daß Deutsche u.a. leichte Waffen und Kriegstechnologie an pro-westliche arabische Regierungen verkauften. Ein Exporthit sind z.B. Abhörtanlagen mit denen arabische Despoten am Golf ihre Bürger unterdrücken können. Deutsche haben auch illegal Technologie für Raketen und chemische Kampfstoffe sowie Anlagen für deren Herstellung an den Irak und Libyen verkauft. Die Folge: Kurden wurden 1988 von Iraks Armee vergast.

Pech für Genschers Image im Februar 1991, als irakische Raketen in Israel einschlugen und die Furcht sich ausbreitete, deutsches Gas könnte wieder Juden vergasen. Israel ließ sich ihre von den USA verordnete Zurückhaltung im Krieg teuer bezahlen: Millionen von Mark und Dollar ließen europäische Politiker in Israel.

In den 80er Jahren vertieften sich die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Die Zahl der israelischen Offiziere, die an Generalsstabslehrgänge teilnehmen, stieg an, und israelische Piloten trainieren in Deutschland. Die Zusammenarbeit zwischen Rüstungsfirmen wurden verstärkt.

Es ist auch bekannt, daß in der Elektronik, die rund zehn Prozent des deutsch-israelischen Handels ausmacht, sowie in der Optik oder bei Präzisionsinstrumente viel militärisches Potential steckt. Größere Geschäfte, wie 1973 als Israel auf dem Umweg einer britischen Werft drei U-Boote deutscher Konstruktion erwarb, sind nicht bekannt.

Obwohl die deutsch-israelische Handelsbilanz zuungunsten Israels ist, wies 1984 die Zahlungsbilanz einen Überschuß für den Judenstaat aus. Die Gründe: Früher waren es die Reparationszahlungen, heute sind es Rentenzahlungen an deutsche Juden die in Israel leben, der Tourismus sowie die offizielle jährliche Entwicklungshilfe von 140 Millionen Mark. Es fließt außerdem ein Strom an Geld, der nirgendwo registriert wird und daher von niemandem zuverlässig zu recherchieren ist.

#### Schlußwort:

Heute müssen endlich die Bundesrepublik und die EG ihre Vorsätze in die Tat umzusetzen. Die Araber sind bereit, mit Israel Frieden zu schließen. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es keinen

Grund mehr, Israel als den Alliierten zu sehen, der sich alles erlauben kann.

Internationales Recht wurde mit Gewalt durchgesetzt, um Iraks Armee aus Kuwait zu vertreiben. Keiner verlangt heute, daß Soldaten Israel aus den besetzten Gebieten vertreibt. Aber die EG sollte ernsthaft erwägen, Wirtschaftssanktionen gegen Israel auszuüben, falls der jüdische Staat den jetzigen Friedensprozeß im Nahen Osten torpediert.

Die Deutschen müssen ihre Vergangenheit und ihre Verantwortung vor der Vergangenheit von der Politik gegenüber Israel trennen. Sie sollten den Mut haben, die israelische Besatzungspolitik, die Menschenrechtsverletzungen und die Verletzung des Völkerrechts in der West-Bank und im Gaza Streifen nicht mehr hinzunehmen.

Die Deutschen haben nun mal diesen Holocaust-Komplex und die Araber akzeptieren, daß sie von daher eine besondere Beziehung zu Israel haben. Aber das kann die Deutschen nicht daran hindern, an den Opfern israelischer Politik Anteil zu nehmen - an den Palästinensern.

\* Fouad Hamdan, ein Libanese, ist Nahost-Redakteur bei der Deutschen Presse-Agentur in Hamburg.

---